

Beschluss-(Resolutions-)antrag

der ÖVP-Gemeinderätinnen Ingrid KOROSEK und Mag. Caroline HUNGERLÄNDER, eingebracht in der Sitzung des Wiener Gemeinderates am 24.06.2019 zu Post 1 der Tagesordnung (Spezialdebatte Soziales, Gesundheit und Sport)

betreffend Sicherstellung der kinderärztlichen Versorgung in Wien

Laut Medienberichten (Kronen Zeitung, 7.3.2019, „Nur 80 Kinderärzte mit Kassenvertrag in Wien“) besteht in Wien im Bereich der Kinderärzte mit Kassenvertrag ein Mangel. Demnach stehen in der gesamten Bundeshauptstadt nur 80 Kinderärzte mit Kassenvertrag zur Verfügung, während bereits 116 Kinderärzte privat ordinieren. Trotzdem bleiben Planstellen allerdings unbesetzt.

Um diese Probleme zu lösen, braucht es eine Attraktivierung des Berufsbildes sowie eine Stärkung der Primärversorgungszentren. Insbesondere bei stark wachsenden Außenbezirken wie Floridsdorf, Donaustadt oder Liesing muss die Stadt Wien im Rahmen ihrer Möglichkeiten eine Versorgung von Kindern im niedergelassenen Bereich gewährleisten.

In den im Mai 2018 abgeschlossenen Tarifverhandlungen zwischen Ärztekammer und Wiener Gebietskrankenkasse wurden auch beträchtliche Erhöhungen für Kinderärzte beschlossen. Die Erhöhungen ab dem 1.1.2020 sind allerdings von einer endgültigen Zustimmung der Stadt Wien abhängig. Ohne diese Mitfinanzierung würden die beschlossenen Erhöhungen ab dem Jahr 2020 nicht wirksam werden.

Die gefertigten ÖVP-Gemeinderätinnen stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschlussantrag:

Der Wiener Gemeinderat spricht sich für die ausreichende Versorgung mit Kinderärzten mit Kassenvertrag in Wien und dabei insbesondere in den stark wachsenden Außenbezirken Floridsdorf, Donaustadt sowie Liesing aus. Der amtsführende Stadtrat für Soziales, Gesundheit und Sport soll sich in den entsprechenden Gesprächen und Verhandlungen mit der Wiener Ärztekammer und Wiener Gebietskrankenkasse dafür einsetzen.

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung des Antrags an den Ausschuss der Geschäftsgruppe „Soziales, Gesundheit und Sport“ verlangt.

Wien, 24.06.2019

MAGISTRATSDIREKTION
DER STADT WIEN

Eing.: 24. JUNI 2019

PG L-552216-2019-KVPIGAT

Geschäftsstelle Landtag, Gemeinderat,
Landesregierung und Stadtsenat

